Heute „Haus Hof Garten“ * „Jede Woche Musik“

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“ mit „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „ULK“, „Haus Hof Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis: wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 R.M. einschl. Zustellung durch die Boienfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 R.M monatl. exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch d. Hauptexped. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3455, für die Fernverkehre 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berliblatt“, Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.20 R.M. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Nathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Bülowstraße 69; Fidicinstraße 9; Weimar Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Müllerstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstraße 54; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Fennstr. 64; Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 25/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Legel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 134
Ausgabe für Berlin

55. Jahrgang
Sonnabend, 20. März 1926

Zum 20. März.

Von [Nachdruck verboten.]

Landrat **Dr. Urbanek** (Beuthen, O.-S.),
ehemaligem Plebiszitkommissar
für Oberschlesien.

Heute vor fünf Jahren wurde für Deutschland eine große Schlacht geschlagen — auf einem Felde, ungewohnt für unser mit allen Techniken des Weltkrieges vertraut gewordenes Volk, neu aber auch für die Nationen, die uns im Kriege gegenüberstanden —, die Schlacht eines Plebiszites, der größten, der bei weitem weltbedeutsamsten unter den vom Versailler Vertrage angeordneten Volksabstimmungen. Im oberschlesischen Abstimmungsgebiet gaben am 20. März 1921 709 348 Personen ihre Stimme für Deutschland ab und nur 479 747 bekannten sich zu Polen. Deutschland hat die Abstimmungsschlacht gewonnen. Es hat — mit Schmerz müssen wir dies gleich hinzusetzen — den Abstimmungskrieg verloren. Am Ende der enttäuschungsreichen Episode, in der mit unserer oberschlesischen Heimat Weltgeschichte gemacht wurde, steht die unheilvolle Zerreißung des Landes. Hier in Oberschlesien zeigen Not und Unglück einem jeden, wie eng sein persönliches Los mit dem politischen Geschick der Muttererde verknüpft ist. Aber die Polen selbst sorgen dafür, daß auch die weite Welt keine Möglichkeit findet, Oberschlesien, und was hier angerichtet wurde, zu vergessen. Vor Monatsfrist wieder haben sie in einem Umfange, der, selbst wenn es keine Gazetten gäbe, der Welt hätte auffallen müssen, Deutschendurchsuchungen und Deutschenverhaftungen inszeniert und bewiesen, daß gemischte Kommission und gemischtes Schiedsgericht, die stärksten Autoritäten, die der Völkerbund zur Sicherung der Bestimmungen über den Minderheitenschutz im oberschlesischen Lande einzusetzen vermochte, zu schwach sind — weil sie der Exekutive entbehren —, um gegenüber fanatisiertem Nationalismus die kulturelle Selbstbestimmung des deutschen Volksteiles zu gewährleisten. Oberschlesien bleibt Gesprächsstoff für die öffentliche Weltmeinung. Wir in Oberschlesien sind tief durchdrungen von der Ueberzeugung, daß es bald wieder Verhandlungsstoff für die Regierer der Welt selbst sein wird. Denn wir sehen die heillos verfahrenen, die unhaltbaren Zustände vor unseren Augen, und wir glauben an das Recht, das, je mehr es gebeugt, je grausamer es verletzt wird, desto entschiedener Geltung fordert.

Die Zahlen des Abstimmungsergebnisses stellen für jeden, der demokratisch zu denken vermag, klar, zugunsten welcher Partei über das oberschlesische Land hätte entschieden werden müssen. Uebrigens sind es Zahlen, die dazu auffordern, nicht zu zählen, sondern zu wägen. Diese deutsche Mehrheit wurde aufgebracht, obwohl fünf Vierteljahre hindurch das oberschlesische Land unter dem Präsidium des französischen Generals Le Rond durch eine Truppenmacht, die zu vier Fünftel, durch einen Verwaltungsapparat, der zu zwei Drittel von Frankreich, dem Freunde und Verbündeten Polens, gestellt waren, beherrscht wurde — obwohl durch den vor Augen der ruhig zuschauenden Okkupationsmächte gegen die Deutschen losgelassenen zweiten polnischen „Aufstand“, durch den endlosen Schrecken der Bojowka Polska manche schwache Seele dazu gebracht war, der so sichtbar mächtigeren Partei und nicht dem Zuge des Herzens zu folgen — obwohl auch Stärkeren die Nerven versagt hatten und sie zermürbt glaubten, sich in das anscheinend Unabänderliche fügen zu müssen. Ein Sonderkorrespondent, den das „Berliner Tageblatt“ im Dezember 1920 nach Oberschlesien sandte, berichtete: „Herr Korfanty sagte mir in seiner verbarrikadierten Burg Lommnitz in Beuthen (O.-S.), er rechne auf eine polnische Majorität von achtzig Prozent . . . . General Le Rond meinte, Korfanty gebe zu, daß bei den Gewalttätigkeiten meist die Polen die Täter sind. Aber nach ihm seien eben neunzig vom Hundert aller Oberschlesier Polen. Also seien auch die polnischen Verbrecher in der Mehrzahl.“

Doch kehren wir zur Betrachtung des Abstimmungsergebnisses zurück. Nach dem Versailler Vertrage (§ 5 der Anlage zu Artikel 88) sollte die Oberschlesien regierende interalliierte Kommission einen erschöpfenden Bericht über die Abstimmung und dazu einen Vorschlag liefern „über die in Oberschlesien unter Berücksichtigung der Willenskundgebung der Einwohner sowie der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Bezirke anzunehmende Grenzlinie“. Dieser Vorschlag ist nie zustande gekommen — eine formale Verletzung des Versailler Vertrages, die verdient, immer wieder hervorgehoben zu werden. Denn zügellose Gewalt schob herrisch die Abstimmungszahlen beiseite und zertrümmerte den im Versailler Vertrage diktierten Verfahrensgang. Man teilte das Land. Daß durch Teilung keine Lösung des oberschlesischen Problems gesucht werden durfte, daß es sich bei Oberschlesien um einen wirtschaftlich, sozial und moralisch unteilbaren Körper handelt, darüber besteht bei Deutschen und bei Polen Einvernehmen. Unter den vielen polnischen Zeugnissen zitiere ich die „Noviny Codzienne“, das Hauptblatt der polnischen Partei in Deutschoberschlesien, vom 11. September 1924. Sie schreiben: „Wir haben die Teilung Oberschlesiens mit all ihren traurigen Folgen nicht auf dem Gewissen. Unser inniger Wunsch war es, in nationaler Freiheit zusammenzuleben, und die Teilung Oberschlesiens haben wir als Messerstich in einen lebendigen Organismus empfunden . . . . Das ist die Wahrheit: dem oberschlesischen Volke ist durch die Teilung seines Heimatlandes schweres Unrecht geschehen.“

Und wie teilte man? Die offizielle Begründung lautet, man „habe den Grundsatz zu verwirklichen gesucht, dessen Anwendung jedem der beiden Staaten diejenige Stimmenzahl gibt, die sich nur unwesentlich von der Gesamtzahl der zu seinen Gunsten abgegebenen Stimmen entfernt und die zu gleicher Zeit, soweit als möglich, die Minderheiten auf beiden Seiten vermindert und ausgleicht“ („Empfehlung“ des Völkerbundsrats, gerichtet an den Obersten Rat). In seinem ersten Teile ist der Grundsatz falsch; denn in seiner Konsequenz müßte jedes Land, das eine Minderheit birgt, und wäre sie noch so fein über das Land verteilt, Gebiet abgeben — eine für die östlichen Staaten und zu allererst für Polen katastrophale Eventualität. Uebrigens ist auch dieser erste Teil nur sehr einseitig zur Anwendung gekommen, insofern an Deutschland 29 Prozent Polen, an Polen aber 44 Prozent Deutsche gegeben wurden — ein Zahlenexempel, das gestattet, mit den Mitteln der Arithmetik die Sinnwidrigkeit der oberschlesischen Entscheidung darzutun. Denn nach dem Abstimmungsergebnis (709 348 deutsche gegen 479 747 polnische Stimmen) enthielt das Abstimmungsgebiet nur 40 Prozent dissentierende Stimmberechtigte. Und nun schuf man ein Teilgebiet mit 44 Prozent dissentierenden Stimmberechtigten! Und der zweite Teil dieses Grundsatzes? Dafür, wie er verwirklicht wurde, genüge das Beispiel der Stadt Königshütte, der größten Stadt Gesamtoberschlesiens (80 000 Einwohner), die gegenüber der deutschgebliebenen Stadt Beuthen O./S. und als deren unmittelbarer Gemarkungsnachbar 3 Kilometer entfernt auf der anderen Seite der neuen Grenze zu liegen gekommen ist, obwohl sich 75 Prozent der Königshütter Bevölkerung für Deutschland erklärt hatten. Ueberhaupt ist, woran immer wieder erinnert werden muß, im oberschlesischen Industriegebiete, gekennzeichnet durch die Städte Myslowitz, Tarnowitz, Gleiwitz als Spitzen eines Dreieckes, eine klare deutsche Mehrheit bei der Abstimmung in die Erscheinung getreten.

Um dieses Industriegebiet ging es Polen, und sein Verlangen wurde befriedigt. Drei Viertel der oberschlesischen Kohlenförderung, zwei Drittel der oberschlesischen Eisenindustrie, die gesamte oberschlesische Zinkindustrie und fast die gesamte oberschlesische Zinkerzförderung wurden zu Polen geschlagen. „Den Deutschen die Rüben, den Polen die Kohlen“ heißt es in der Prägung des oberschlesischen Volksmundes. Heute ist der Traum ausgeträumt, ist die Spekulation, die die Begriffsbestimmungen des Versailler Vertrages ersetzen sollte, zusammengebrochen. Die Wirtschaft Polnischoberschlesiens hat einen tiefen Sturz getan. Auch Deutschoberschlesien hat schwer gelitten. Die Zerreißung der organisatorisch und technisch einheitlichen Betriebe, die Abdrängung der Urerzeugung von den ihr angeschlossenen Stätten der Weiterverarbeitung, die Abdrängung der Weiterverarbeitung von der Herstellung des Fertigfabrikates hat besonders die Eisenindustrie schwer getroffen. Aber drüben sieht es viel schlimmer aus. Wer sich mit Weltwirtschaft befaßt, weiß darum. Es fehlt hier an Raum, auf Einzelheiten einzugehen. In diesem Lande, dessen Betriebsamkeit durch Jahrzehnte von weit her die Besten heranzauberte, nicht allein aus dem ganzen unversehrten Deutschland, auch aus Kongreßpolen, aus Galizien, aus Italien ist plötzlich das Gespenst Auswanderung aufgestanden. Daß infolge der politischen Ereignisse die Deutschen in Scharen das Land verlassen haben, ist erklärlich. Aber der Fluch der Fehlentscheidung trifft auch diejenigen,

Genfer Nachklänge.

Vandervelde über Belgiens Ratsansprüche.

Vorläufig keine Ratstagung in Berlin.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 19. März.

Der Korrespondent des „Journal des Débats“ in Brüssel teilt eine Erklärung Vandervelds über die Genfer Verhandlungen mit. Vandervelde sagte: „Man muß an frühere Ereignisse denken, wenn man den Weg erkennen will, den gewisse Ideen zurückgelegt haben. Als kurz vor der Ruhrbesetzung der Delegierte der Schweiz, Motta, sich vorsichtig für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund aussprach, erklärte der Delegierte Frankreichs, Viviani, daß der Beitritt Deutschlands ein Verhängnis sein würde, und die ganze Versammlung applaudierte. Heute herrscht Enttäuschung und Bedauern, weil die Versammlung gegen ihren Willen die allgemein für notwendig erachtete Aufnahme Deutschlands noch für einige Monate vertagen muß. Auch ich bin enttäuscht und noch mehr als mancher andere. Aber ich will sogleich hinzufügen, daß ich bei der Abreise nach Genf pessimistischer war, als jetzt nach meiner Rückkehr. Die Verständigung der deutschen Delegierten mit den anderen Delegationen über den Fortbestand der Politik von Locarno ist ein höchst bedeutsames Faktum. Es ist auch wichtig, daß es uns gelungen ist, die deutschen Delegierten davon zu überzeugen, daß etwa entstehende Schwierigkeiten im Osten viel leichter durch eine direkte Aussprache mit Polen beseitigt werden könnten, als durch einen Advokaten Polens im Rat, der die Interessen seines Mandanten wahrnehmen müßte. Das Veto Brasiliens ist eine Schlappe für den Völkerbund, aber dieser Mißerfolg wird voraussichtlich schon vor September wieder gut gemacht sein. Ich habe den Eindruck erhalten, daß Belgien jetzt nicht aus dem Rate ausscheiden darf. Ich halte es nicht für gut, ständige Sitze im Rate an andere Mächte zu geben als an die, welche auf dieses Amt einen normalen Anspruch haben. Aber wenn die Erweiterung des Rates beschlossen werden sollte, dann hat auch Belgien das Recht, seine Kandidatur anzumelden.“

In einem deutschen Blatte war mitgeteilt worden, daß der Rat des Völkerbundes im Herbst vielleicht in Berlin zusammenkommen würde. Dazu wird in Paris offiziös erklärt: „Im Prinzip muß der Rat des Bundes in Genf seine Sitzungen haben, aber aus verschiedenen Gründen wurden bereits Sitzungen in Frankreich, Belgien und Italien einberufen. Es könnte also geschehen, daß auch in Berlin eine Versammlung des Rates angesetzt wird, aber erst, nachdem Deutschland Mitglied des Bundes geworden ist. Der Rat hat sich also vorläufig mit der von der deutschen Zeitung erwähnten Frage noch nicht beschäftigen können.“

Chamberlains Ankunft in London.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 19. März.

Infolge des gestrigen Unfalles eines Passagierdampfers auf der Strecke Dover—Calais hatte sich die Ankunft Chamberlains um mehr als eine Stunde verzögert. Zu seinem Empfange waren verschiedene Kabinettsmitglieder auf dem Bahnhof anwesend. Der Premierminister, der London schon früher verlassen mußte, hatte sich offiziell vertreten lassen. Man nimmt an, daß Chamberlain in einer besonderen Kabinettssitzung, die am Montag abgehalten werden soll, Erklärungen über die Vorgänge auf der Völkerbundsversammlung machen wird.

An einen Rücktritt Chamberlains ist, wie bereits gestern angedeutet wurde, im gegenwärtigen Augenblick nicht zu denken. Vielmehr wird das Kabinett und vor allen Dingen Baldwin den Außenminister decken. Auf die in Parlament und Presse immerhin zu erwartenden Angriffe wird Chamberlain erwidern können, daß man ihn unmöglich für Brasiliens Veto verantwortlich machen könne, und daß anderseits die Locarno-Verträge, wie aus der gemeinsamen Erklärung der Locarno-Unterzeichner in Genf hervorgehe, durch das Ergebnis der Völkerbundsverhandlungen keineswegs gefährdet werden. Solche Erwägungen mögen auch der Grund dafür sein, daß sich die Presse so überraschend schnell beruhigt hat. Ueberdies liegt es aber im realpolitisch denkenden Engländer, über erlittene Mißerfolge nicht lange Klagen anzustimmen.

Bulgarien und die Genfer Vorgänge.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Sofia, 19. März.

Hier erregten ein gewisses Aufsehen die Berichte der Zeitungen „Utro“ und „Dnewnik“, nach denen die Stellungnahme Bulgariens in der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates große Unzufriedenheit in Deutschland hervorrief, da der Genfer Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ berichtet habe, daß Bulgarien die Kandidatur Polens und Spaniens unterstütze. Die unabhängliche Zeitung „Sora“ betonte jedoch, daß das „Berliner Tageblatt“ niemals so etwas berichtet habe. (Das stimmt. D. Red.) Die offiziöse „Swobodna Retsch“ hält die Berichte der beiden bulgarischen Zeitungen für Intrigen und schreibt dazu: Deutschland habe keinen Grund zur Unzufriedenheit gehabt, da bis jetzt die Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates nur im Rate selbst erörtert wurde und infolgedessen der bulgarische Delegierte, der kein Mitglied des Rates ist, keine Gelegenheit zur Aeußerung seines Standpunktes hatte.